



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 17. Juni 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zu meinem Newsletter im Vorfeld der 12. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt. Auf der Agenda stehen diesmal insgesamt 27 Tagesordnungspunkte verteilt auf drei Sitzungstage. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Hasskriminalität effektiv verfolgen. Auch im Netz!“

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert mit ihrem Antrag die Erarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung von Hasskriminalität. Unter anderem sollen die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sowohl personell als auch technisch so ausgestattet werden, dass eine zügige und konsequente Verfolgung von Hasskriminalität im Internet gesichert ist. Bestimmte Berufsfelder, wie z. B. Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter, Richterinnen und Richter, Lehrerinnen und Lehrer etc., sollen in ihrer Ausbildung speziell im Umgang mit Hasskriminalität geschult werden. Zudem wird gefordert, dass in jeder Polizeidienststelle ein Ansprechpartner benannt und im Übrigen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet wird. Zur Vermeidung von Verfahrensdopplungen soll sowohl der Informationsaustausch zwischen den Ländern als auch der Rücklauf von Informationen aus Staatsanwaltschaften an die Polizeibehörden intensiviert werden.

2. „Alternativen zum Hausbesuch - digitale Begutachtung von Antragstellungen im Pflegebereich fortführen und verstetigen“

Antragsteller sind die Fraktionen der CDU, SPD und FDP. Während der Corona-Pandemie wurde Leistungsprüfern ermöglicht, für die Begutachtung von Pflegebedürftigen auf alternative Begutachtungsformen (per Videotelefonie, Telefoninterview, etc.) zurückzugreifen. Diese Regelung endet zum 30.06.2022. Es hat sich jedoch gezeigt, dass eben diese Regelungen geeignete und zeitgemäße Verfahrensweisen im Hinblick auf die Begutachtung von Pflegebedürftigen darstellen. Aus diesem Grund wird die Landesregierung gebeten, Änderungsvorschläge zum § 18 SGB XI zu prüfen, damit die alternativen Begutachtungsformen in bestimmten Fällen durchgeführt werden können. Außerdem soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der § 18 Abs. 2 SGB XI dahingehend geändert wird, dass zur Begutachtung der Pflege die vorgesehene

Untersuchung im Wohnbereich durch Videotelefonie oder Telefoninterviews ersetzt werden könne, sofern die antragstellende Person zustimmt.

3. „Bildungsqualität sichern, Bildungsverfall stoppen, Leistungsniveau anheben!“

Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Ziel des Antrages ist es, Leistungsmaßstäbe und die Notenvergabe zu verschärfen. Die Fraktion der AfD gibt an, dass das Bildungsniveau schon seit vielen Jahren „verfällt“ und Schulabsolventen immer weniger können. Um dem entgegenzusteuern, müssen die Regelungen zur Versetzung und der Übergang in weiterführende Schulen angepasst werden. Die Notendurchschnitte, welche eine Versetzung garantieren, sollen angehoben werden. Gleiches gilt für die Voraussetzungen zum Übergang in höhere Schullaufbahnen. Denn wenn bspw. der Übergang ins Gymnasium erschwert wird, ist sichergestellt, dass auch nur die Schüler dort sind, welche auch das Abitur erreichen und letztendlich studierfähig sind. Außerdem soll dies als Motivation für Schüler dienen, härter an sich zu arbeiten.

4. „Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern“

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene zum sozialen Ausgleich der stärkeren Belastung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Ostdeutschland für die Einführung eines kostengünstigen Grundkontingents für Strom und Heizen einzusetzen. Außerdem sollen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung schnellstmöglich als gestaffeltes sozial gerechtes Klimageld an die Bevölkerung ausgereicht und preisdämpfende Maßnahmen ergriffen werden. Ansonsten wird noch einmal auf den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien hingewiesen, damit die Energieversorgung unabhängig von überteuerten fossilen Energieträgern gemacht wird.

5. „Mindestlohn, Großansiedlungen, Zukunftsinvestitionen - neue Chancen für gute Einkommen und qualifizierte Arbeit in Sachsen-Anhalt“

Einbringer der Aktuellen Debatte ist die Fraktion der SPD. Grund hierfür ist die durch die Preisentwicklung starke Belastung der Einkommen der Bürgerinnen und Bürger. Für die Zukunft Sachsen-Anhalts als attraktives Land zum Arbeiten und Leben ist es wichtig, die Einkommensstrukturen nachhaltig zu verbessern und die Grundlagen für gute Einkommen und qualifizierte Arbeit zu schaffen. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12,00 € sei hier ein guter Ansatzpunkt.

Wie üblich melde ich mich in der nächsten Woche mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Ich würde mich freuen, einige von Ihnen bei der Ortsverbandssitzung des OV Halle-Neustadt / Nietleben am Montag zu sehen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben